



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Mindestanforderungen an den Konzernabschluss

Meyer, Conrad

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-50125>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Meyer, Conrad (2011). Mindestanforderungen an den Konzernabschluss. In: Mattle, Herbert; Pfaff, Dieter. Rechnungswesen, Rechnungslegung und Controlling in der Schweiz. Zürich: SKV, 151-170.

Mindestanforderungen an den Konzernabschluss

Conrad Meyer und Sibylle Mattmann

Der Autor, die Autorin

Conrad Meyer, Prof. Dr. oec. publ., Ordinarius für BWL, Inhaber des Lehrstuhls für Accounting an der Universität Zürich, Präsident der Fachkommission FER, Präsident der Expertengruppe Rechnungslegung der SIX.

Sibylle Mattmann, Dr. oec. publ., Fachspezialistin Accounting bei der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, bis September 2010 wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Accounting der Universität Zürich.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	153
2	Konsistente Abgrenzung des Konsolidierungskreises	153
3	Konzept der Einheitlichkeit	155
4	Aspekte der Erstkonsolidierung	156
4.1	Konzept der Neubewertung	156
4.2	Konzept der latenten Ertragssteuern	157
4.3	Konzept des Goodwill Accounting	158
4.4	Konzept des Ausweises von Anteil Dritter	159
4.5	Illustration des Konzepts der Erstkonsolidierung	160
5	Aspekte der Folgekonsolidierung	160
5.1	Folgebehandlung Neubewertung	160
5.2	Folgebehandlung Goodwill	162
5.3	Konzept der Elimination konzerninterner Transaktionen	163
5.4	Illustration des Konzepts der Folgekonsolidierung	164
6	Konzept der Geldflussrechnung	167
7	Swiss GAAP FER als Option	168
8	Fazit	170
	Literatur	170

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Frage, welche Mindestanforderungen beim Erstellen des Konzernabschlusses zu erfüllen sind, damit das Ziel einer Abbildung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (d. h. eine True and Fair View) erreicht werden kann. Dabei wird versucht, vor allem die im Zusammenhang mit dem Konsolidierungsprozess anfallenden Problemlösungen möglichst konzeptionell aufzuzeigen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Accountingstandards in aller Regel darauf verzichten, methodische Hinweise zu liefern.

1 Einleitung

Die Bedeutung aussagekräftiger Konzernrechnungen wird heute vielerorts anerkannt. So kann bei der Schaffung eines neuen schweizerischen Rechnungslegungsrechts davon ausgegangen werden, dass ein Konzernabschluss für Unternehmensgruppen ab einer gewissen Grösse zur Pflicht erklärt wird. Gleichzeitig sollen Unternehmen, die eine Konzernrechnung zu erstellen haben, diesen Abschluss auf der Basis eines privaten Accountingstandards (Swiss GAAP FER, IFRS, US GAAP usw.) erstellen. Daneben wird es aber auch Unternehmensgruppen geben, die auf freiwilliger Basis einen Konzernabschluss publizieren werden.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, welche Mindestanforderungen beim Erstellen des Konzernabschlusses zu erfüllen sind, damit das Ziel einer Abbildung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (d. h. eine True and Fair View) erreicht werden kann. Dabei wird versucht, die im Zusammenhang mit dem Konsolidierungsprozess anfallenden Problemlösungen möglichst konzeptionell aufzuzeigen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Accountingstandards in aller Regel darauf verzichten, methodische Hinweise zu liefern.

2 Konsistente Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Aus dem Blickwinkel eines Konzerns verlieren die juristischen Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen jegliche Aussagekraft. Entscheidend für die Beurteilung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist die Betrachtung der Unternehmensgruppe als Ganzes. Dabei ist von der Fiktion auszugehen, dass der Konzernabschluss die Unternehmen so darstellt, als handle es sich um ein einziges Unternehmen.

Zentral ist zunächst die Frage, welche Unternehmen in den Konzernabschluss zu integrieren sind. Angesprochen ist damit der Konsolidierungskreis. Diesbezüglich bestehen heute in Theorie und Praxis klare Vorstellungen. Der Konsolidierungskreis im engeren Sinne umfasst alle in den Konzernabschluss vollständig integrierten Unternehmen. Dazu zählen die Abschlüsse des Mutterunternehmens und der Tochterunternehmen (Unternehmen, welche das Mutterunternehmen beherrschen kann). Sie werden voll konsolidiert, d. h. die Positionen der Jahresrechnung werden zu 100 % in die Konzernrechnung einbezogen. Ein allfälliger Anteil von Dritten (Minderheitsaktionäre) am Eigenkapital sowie am Jahresergebnis wird als separater Teil des Eigenkapitals bzw. des Konzernerfolgs ausgewiesen. Die Möglichkeit einer Beherrschung kann auch bei einem Anteil an Stimmen von weniger als 50 % vorliegen (z. B. Aktionärsbindungsverträge oder das Recht auf Bestellung einer Mehrheit der Leitungsorgane). Es ist unwesentlich, ob die Beherrschung tatsächlich ausgeübt wird. Ebenfalls in den Konzernabschluss einzubeziehen sind Unternehmen mit von der Unternehmensgruppe abweichender Geschäftstätigkeit, insbesondere Zweckorganisationen (Special Purpose Entities).

Zum Konsolidierungskreis im weiteren Sinne gehören Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und assoziierte Unternehmen. Gemeinschaftsunternehmen sind charakterisiert durch eine gemeinsame Führung verschiedener Partner. Die Unternehmen werden quotenkonsolidiert oder mittels Equity-Methode erfasst. Bei der Quotenkonsolidierung sind die Positionen der Jahresrechnung (Erfolgsrechnung, Bilanz und Geldflussrechnung) im Ausmass der Beteiligung des Mutterunternehmens zu erfassen. In der Praxis beginnt sich allerdings bei Joint Ventures die Equity-Methode durchzusetzen. Dabei erfolgt keinerlei Einbezug des Abschlusses des Gemeinschaftsunternehmens; es wird im Konzernabschluss lediglich der Beteiligungsbuchwert des Mutterunternehmens an das anteilige Eigenkapital des Gemeinschaftsunternehmens angepasst. Änderungen des Beteiligungswerts zwischen den einzelnen Perioden aufgrund des anteiligen Periodenergebnisses des Gemeinschaftsunternehmens sowie allfällig ausgeschütteter Dividenden sind in der Erfolgsrechnung separat auszuweisen. Zu den assoziierten Unternehmen gehören Gesellschaften, an welchen das Mutterunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil von in der Regel mindestens 20 % bis unter 50 % beteiligt ist. Sie werden auf der Basis der Equity-Methode erfasst.

Beteiligungen mit weniger als 20 % der Stimmen gehören nicht zum Konsolidierungskreis. Sie werden in der Konzernrechnung gemäss Anschaffungswert oder mit aktuellen Werten bilanziert.

Ausnahmen bezüglich eines Einbezugs in den Konsolidierungskreis dürfen nur in klar definierten Fällen vorgenommen werden. Dazu zählen unbedeutende Gesellschaften oder Unternehmen in Liquidation, in fortgeschrittenem Stadium einer Veräusserung oder solche, die nur vorübergehend beherrscht werden. Ein Ausschluss von der Konsolidierung ist in jedem einzelnen Fall zu begründen.

3 Konzept der Einheitlichkeit

Um den Konzernabschluss so zu erarbeiten, als wären alle Konzernorganisationen gemeinsam ein einziges Unternehmen, deren Jahresrechnung nur Beziehungen zur Aussenwelt zeigt, sind die Einzelabschlüsse der zum Konzern gehörenden Unternehmen nach gleichen Regeln zu erstellen. Dies bedeutet, dass sie sowohl bezüglich Form als auch Inhalt auf eine gemeinsame Basis zu bringen sind.

Das Ziel einheitlicher Konteninhalte hat zur Konsequenz, dass die Kontenrahmen und Kontenpläne der zu integrierenden Unternehmen zu harmonisieren sind. Nur wenn alle Gruppenunternehmen gleiche Sachverhalte in gleichen Konten erfassen und ihren Abschluss einheitlich gliedern, vermag der Konzernabschluss aussagekräftige Inhalte abzubilden.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine aussagekräftige Konzernrechnung ist eine einheitliche Bewertung der einzelnen Abschlusspositionen, d. h. die Regelung der Bilanzinhalte aus materieller Sicht. Für eine aussagekräftige Konzernrechnung ist zentral, dass die jeweils gleichen Abschlusspositionen (Wertschriften, Maschinen, Rückstellungen usw.) nach einheitlichen Kriterien bewertet werden. Damit wird sichergestellt, dass innerhalb der gleichen Konten homogene Inhalte aggregiert werden.

Das Kriterium der Einheitlichkeit setzt zudem voraus, dass alle integrierten Einzelabschlüsse auf den gleichen Bilanzstichtag erstellt werden. Weichen die Abschlussstichtage des Mutterunternehmens und der einzubeziehenden Unternehmen um mehr als 3 Monate voneinander ab, haben diese einen separaten Zwischenabschluss per Stichtag des Mutterunternehmens zu erarbeiten. Immer dann, wenn kein zusätzlicher Abschluss erstellt wird (Abweichungen bis max. drei Monate), sind bedeutende Geschäftsvorfälle oder Ereignisse, welche den Abschluss des einzubeziehenden Unternehmens zwischen dem eigenen Bilanzstichtag und demjenigen des Mutterunternehmens wesentlich beeinflussen, durch Bereinigungen im Abschluss zu berücksichtigen. In zu begründenden Ausnahmefällen, z. B. wenn ein Zwischenabschluss einen unverhältnismässig grossen Aufwand erfordern würde, kann von einem zusätzlichen Abschluss abgesehen werden.

Die Vereinheitlichung der Gliederung und der Konteninhalte des Abschlusses bedeutet, dass die durch nationale Bestimmungen geprägten individuellen Handelsbilanzen I der einzelnen Unternehmen gemäss Konzernrichtlinien umgestaltet werden. Für das Konzernreporting sind die formell bereinigten Handelsbilanzen II der einzelnen Unternehmen relevant.

4 Aspekte der Erstkonsolidierung

4.1 Konzept der Neubewertung

Die erstmalige Konsolidierung eines Tochterunternehmens bedeutet, dass die betreffende Organisation neu in den Konsolidierungskreis eintritt. Deshalb sind die Bilanzpositionen des zu integrierenden Unternehmens einer einmaligen Neubewertung per Erwerbszeitpunkt zu unterziehen. Diese Erstkonsolidierung ist zeitpunktbezogen und bezieht sich auf das Datum des Erwerbs. Sie bildet eine entscheidende Voraussetzung, dass die Konzernrechnung – nach Erfassung des bereinigten Abschlusses des Tochterunternehmens – einen Einblick in die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu gewähren vermag. Leider wird bei der Erstellung von Konzernabschlüssen auf der Basis des schweizerischen Aktienrechts (d. h. ohne Anwendung nationaler oder internationaler Rechnungslegungsstandards) noch zu oft auf eine solche Bereinigung bei der Erstkonsolidierung verzichtet. Die Konzernrechnung basiert dann auf problematischen Buchwerten.

Die Neubewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten des Tochterunternehmens ist ein anspruchsvoller Prozess. Zunächst ist abzuklären, welche Partei bei einem Unternehmenszusammenschluss effektiv die «Erwerbende» und welche Partei die «Erworbene» ist. Aus Sicht des erwerbenden Unternehmens sind die Anschaffungskosten (Fair Values der Kaufpreiszahlung) zu ermitteln. Anschliessend sind die erworbenen Nettoaktiven ebenfalls auf der Basis von Fair Values zu erfassen. Die Neubewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten des übernommenen Unternehmens führt zum einen zu einer Veränderung der bilanziellen Werte der Positionen im Abschluss des Tochterunternehmens, zum anderen aber allenfalls auch zu einer Bilanzierung von Positionen, die beim übernommenen Unternehmen nicht erfasst waren (z. B. immaterielle Werte) oder zur Ausklammerung von Positionen, die nach Konzernhandbuch nicht zu bilanzieren sind (z. B. Organisationskosten).

Die per Erwerb beim Tochterunternehmen vorhandenen Gewinnreserven, welche vom erwerbenden Unternehmen «gekauft» werden, sind in ein speziell deklariertes Konto «Kapitalreserven» zu übertragen. Das anschliessend weiter zu führende Konto «Gewinnreserven» hat nur die im Tochterunternehmen ab dem Zeitpunkt des Erwerbs erwirtschafteten und zurückbehaltenen Gewinne zu erfassen.

Alle bei der Neubewertung entstehenden Wertdifferenzen sind am besten über ein Spezialkonto «Neubewertungsreserven» zu erfassen. Die Bereinigung der einzelnen Positionen führt zu korrigierten Werten in der Handelsbilanz II. Sie zeigt die auf der Basis von Fair Values bewerteten Aktiven und Verbindlichkeiten des Tochterunternehmens.

Nach den Bewertungskorrekturen werden alle Positionen des Eigenkapitals des Tochterunternehmens (Aktienkapital, Kapitalreserven, Neubewertungsreserven) auf ein separates Konto «Eigenkapital per Erwerb» übertragen. Damit wird das bereinigte Eigenkapital des Tochterunternehmens per Erwerb ausgewiesen. Der gezeigte Wert entspricht immer dem Kaufpreis für das Tochterunternehmen.

4.2 Konzept der latenten Ertragssteuern

Aus steuerlicher Sicht wird die Fiktion einer rechtlichen Einheit nicht vollzogen. Die einzelnen Unternehmen bleiben Steuersubjekte aufgrund ihrer steuerrelevanten Einzelabschlüsse. Deshalb führt die auf Konzernebene abweichende Erfassung und Bewertung der einzelnen Bilanzpositionen zu Differenzen zwischen den steuerrechtlich relevanten Einzelabschlüssen und dem Konzernabschluss. Im Vordergrund der Erfassung latenter Ertragssteuern steht die Anpassung des effektiv bezahlten, bzw. abgegrenzten, aggregierten Steueraufwands gemäss Einzelabschlüssen an den nach Konzernreporting erforderlichen Steueraufwand.

Unter latenten Ertragssteuern werden deshalb temporäre Steueraufwandsdifferenzen verstanden. Dabei ist zwischen zeitlich unbegrenzten (permanenten) und zeitlich begrenzten (temporären) Differenzen zu unterscheiden.

Permanente Differenzen entstehen, wenn Bewertungsunterschiede zwischen den steuerrelevanten Einzelabschlüssen und dem Konzernabschluss entstehen, diese Differenzen aber zeitlich unbefristet sind (es erfolgt keine Auflösung über den Zeitablauf). Es kann sich um Aufwendungen handeln, die steuerlich nicht abzugsfähig sind oder um Erträge, die von der Besteuerung befreit sind. Da sich diese Differenzen im Zeitablauf nie ausgleichen, sind sie für die Abgrenzung latenter Ertragssteuern irrelevant. Zu den permanenten Differenzen, bei denen in der Zukunft keine erfolgs- und steuerrelevante Kompensation erfolgt, gehören z. B. im Konzernabschluss erfasste Goodwillbeträge.

Die Entstehung temporärer Differenzen basiert auf Bilanzierungs- und Bewertungsunterschieden zwischen den steuerrelevanten Einzelabschlüssen und dem Konzernabschluss, die sich im Zeitablauf ausgleichen. Temporäre Differenzen erfordern die Berücksichtigung latenter Ertragssteuern. Sie können bei der Erstellung des Konzernabschlusses auf verschiedenen Ebenen auftreten:

Bei der Erstellung des Steuerabschlusses für die einzelnen rechtlich selbständigen Unternehmen sind die Bestimmungen des Steuerrechts und nicht die handelsrechtlichen Vorschriften relevant. Daraus ergeben sich in den Abschlüssen einzelner Unternehmen Differenzen zwischen den steuerrelevanten Werten und denjenigen gemäss Handelsbilanz I, welche die Abgrenzung latenter Ertragssteuern erfordern. Ein Beispiel hierfür sind zu hohe Abschreibungen, die steuerlich nicht anerkannt werden.

Bei der Erarbeitung der Handelsbilanz II entstehen aufgrund der Anpassung der Werte gemäss Handelsbilanz I an konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften weitere Differenzen, die eine Abgrenzung latenter Ertragssteuern erfordern. Klassische Beispiele sind die bei der Erstkonsolidierung vorzunehmende Neubewertung der Aktiven und des Fremdkapitals oder die Elimination von Zwischengewinnen aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen.

Massgebend für die Berechnung der latenten Ertragssteuern ist der zum Zeitpunkt der Auflösung der temporären Differenz gültige Steuersatz. Es ist zulässig, einen einheitlichen durchschnittlichen Steuersatz anzuwenden.

4.3 Konzept des Goodwill Accounting

Der Vergleich des Werts des Kaufpreises mit den bereinigten Nettoaktiven legt offen, inwieweit ein allfälliger Mehr- oder Minderbetrag – positiver oder negativer Goodwill – bezahlt wurde (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 1 Ermittlung des Goodwills

Analysen praktischer Fälle zeigen, dass in aller Regel der Kaufpreis für ein Tochterunternehmen den Wert des bereinigten Eigenkapitals des Tochterunternehmens um ein Mehrfaches übersteigt (positiver Goodwill). Damit wird erkennbar, dass Mutterunternehmen für Tochterunternehmen aufgrund einer zukunftsorientierten Bewertung Anschaffungskosten akzeptieren, die über den identifizierbaren und gemäss Fair Values bewerteten Nettoaktiven des Tochterunternehmens (d. h. dem bereinigten Eigenkapital) liegen. Der Goodwill verkörpert einen bezahlten Mehrwert für Vermögenswerte, die nicht einzeln identifiziert und angesetzt werden konnten. Ein positiver Goodwill wird als immaterieller Wert erfasst (Zunahme des Werts im Konto «Neubewertungsreserven»). Der Ausweis erfolgt separat in der Bilanz oder im Anhang.

In seltenen Fällen, z. B. bei der Gründung eines neuen Tochterunternehmens, entspricht der Kaufpreis exakt dem bereinigten Eigenkapital des Tochterunternehmens. In ebenfalls seltenen Fällen sind die Anschaffungskosten für die Beteiligung tiefer als das bereinigte Eigenkapital des Tochterunternehmens. Eine solche Differenz kann als negativer Goodwill interpretiert werden. Damit wird ein so genannter «Lucky Buy» suggeriert, d. h. es wird argumentiert, dass das Tochterunternehmen weniger gekostet hat, als es effektiv wert ist. Als Konsequenz wird der Differenzbetrag sofort erfolgswirksam erfasst (z. B. gemäss IFRS). Tatsächlich dürften aber in aller Regel vorliegende, schwer quantifizierbare Risiken beim Tochterunternehmen die Begründung für die tiefen Anschaffungskosten sein. Bei einem negativen Goodwill ist deshalb immer besonders kritisch zu prüfen, inwieweit die Ermittlung der Fair Values sachgerecht erfolgt ist. Im Sinne der True and Fair View ist es oft sinnvoll, einen aufgrund einer ungenügenden Ertragslage oder einer bevorstehenden Reorganisation entstandenen negativen Goodwill als Rückstellung zu erfassen und später erfolgswirksam aufzulösen (z. B. gemäss Swiss GAAP FER).

4.4 Konzept des Ausweises von Anteil Dritter

Beherrscht das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen, verfügt aber nicht über alle Stimmrechte und das gesamte Eigenkapital des Tochterunternehmens, sind grundsätzlich alle Positionen der Bilanz und Erfolgsrechnung zu 100 % in den näre zu respektieren. Dies erfolgt, indem ihnen im Umfang der kapitalmässigen Beteiligung ein Anteil am Eigenkapital und am Periodenerfolg des Tochterunternehmens zugewiesen wird. Eine moderne Interpretation der Ansprüche der Dritt-

aktionäre an einem Tochterunternehmen geht davon aus, dass es sich bei diesen auszuweisenden Positionen ebenfalls um einen Teil des Eigenkapitals bzw. des Periodenerfolgs der gesamten Unternehmensgruppe handelt (und nicht um eine Verpflichtung), allerdings sind die jeweiligen Beträge separat auszuweisen.

4.5 Illustration des Konzepts der Erstkonsolidierung

Nach Vornahme aller Bereinigungen per Erwerb resultiert für das Tochterunternehmen die Handelsbilanz II. Sie zeigt die für den späteren Einbezug in die Konzernrechnung zentralen Grössen auf der Stufe des Tochterunternehmens (vgl. Abbildung 2):

- Bereinigte Aktiven und bereinigtes Fremdkapital
- Latente Steuerverpflichtungen und Steuerguthaben
- Bei der Akquisition bezahlter Goodwill
- Bereinigtes Eigenkapital per Erwerb (= Kaufpreis)
- Bereinigter Anteil der Dritten am Eigenkapital.

5 Aspekte der Folgekonsolidierung

5.1 Folgebehandlung Neubewertung

Die der Erstkonsolidierung folgenden Perioden werden bei einem methodisch sauber geführten Konsolidierungsprozess als Folgekonsolidierungen bezeichnet. Für jede dieser späteren Perioden wird zunächst wiederum die Neubewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten sowie die Berechnung des Goodwills per Erwerb vorgenommen, wie dies bei der Erstkonsolidierung durchgeführt worden ist (gleiche Methode, gleiche Werte, sog. Purchase-Methode). Neu sind aber jetzt zusätzlich die Konsequenzen der Neubewertung in den Folgeperioden zu erfassen. So führt beispielsweise die Anpassung des Sachanlagevermögens per Erwerb zu Wertkorrekturen bei den Abschreibungen in den Folgeperioden. Ebenso ändert sich der Wert der per Erwerb erfassten latenten Ertragssteuern. Die Wertdifferenzen, welche frühere Jahre betreffen, sind dabei gegen das Eigenkapital (Gewinnreserven), diejenigen des laufenden Jahres in der Erfolgsrechnung zu erfassen. Nur eine solche konsequente Bereinigung der Werte führt zu einem sachgerechten Ausweis der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in den Folgeperioden.

Bilanzen 1.1.20.1	HB I A	Bereinigung/Bewertung		HB II A
Flüssige Mittel	140			140
Forderungen	260			260
Vorräte	300			300
Sachanlagen	500	300 ²⁾		800
Finanzanlange	–			–
Beteiligungen	–			–
Goodwill	–	1140 ³⁾		1140
Latente Steuerguthaben	–			–
Summe	1200			2640
Kurzfristiges Fremdkapital	500	200 ²⁾		300
Langfristiges Fremdkapital	300			300
Latente Steuerverpflichtungen	–		125 ²⁾	125
Aktienkapital	300	240 ⁴⁾ 60 ⁵⁾		–
Kapitalreserven	–	80 ⁴⁾ 20 ⁵⁾	100 ¹⁾	–
Neubewertungsreserven	–	125 ²⁾ 300 ⁴⁾ 75 ⁵⁾	300 ²⁾ 200 ²⁾	–
Neubewertungsreserven Goodwill	–	1140 ⁴⁾	1140 ³⁾	–
EK A der M per Erwerb	–		240 ⁴⁾ 80 ⁴⁾ 300 ⁴⁾ 1140 ⁴⁾	1760
Gewinnreserven	100	100 ¹⁾		–
Anteil Dritte am Kapital	–		60 ⁵⁾ 20 ⁵⁾ 75 ⁵⁾	155
Anteil Mehrheit am Gewinn	–			–
Anteil Dritte am Gewinn	–			–
Summe	1200	3780	3780	2640
<p>Erstkonsolidierung</p> <p>1) Übertrag Gewinnreserven per Erwerb 100</p> <p>2) Neubewertung per Erwerb von Sachanlagen und kurzfristigem Fremdkapital von Sachanlagen und kurzfristigem Fremdkapital 500 sowie Erfassung latente Steuerverpflichtung 125 (Steuersatz 25 %, 25 % von 500)</p> <p>3) Erfassung Goodwill per Erwerb 1140 (Kaufpreis für 80 % = 1760; 80 % Aktienkapital = 240, 80 % Kapitalreserven = 80, 80 % Neubewertungsreserven = 300, Total 620)</p> <p>4) Separierung Eigenkapital A der M per Erwerb 1760 (80 % Aktienkapital = 240; 80 % Kapitalreserven = 80; 80 % Neubewertungsreserven = 300; 100 % Neubewertungsreserven Goodwill = 1140)</p> <p>5) Separierung Anteil Dritte an Aktienkapital 60 (20 % von 300), Kapitalreserven per Erwerb 20 (20 % von 100) und Neubewertungsreserven per Erwerb 75 (20 % von 375)</p>				

Abbildung 2 Erstkonsolidierung einer 80 %-Beteiligung

5.2 Folgebehandlung Goodwill

Grundsätzlich existieren bezüglich der Behandlung des Goodwills in den Folgeperioden drei unterschiedliche Konzepte.

Impairment-only-Ansatz (z. B. gemäss IFRS, US GAAP): Goodwillpositionen werden grundsätzlich nicht abgeschrieben. Allerdings wird jährlich geprüft, ob eine Wertkorrektur (Impairment) erforderlich ist. Konkret bedeutet dies, dass auf der Basis aufwendiger Bewertungsverfahren jährlich zu prüfen ist, ob der aktivierte Goodwill noch gerechtfertigt ist. Immer dann, wenn der Wert unter das anteilige bereinigte Eigenkapital per Erwerb (nach Aktivierung des Goodwills) sinkt, ist eine erfolgswirksame Korrektur des Goodwills vorzunehmen.

Abschreibung (z. B. gemäss Swiss GAAP FER): Es ist davon auszugehen, dass der bezahlte Mehrwert für ein Unternehmen zeitlich begrenzt ist. Deshalb ist eine Abschreibung während z. B. maximal 20 Jahren vorzunehmen. Nach Ablauf dieser Frist ist der Goodwill vollständig abgeschrieben und ausgebucht. Auch bei diesem Konzept ist zu prüfen, ob der jeweils ausgewiesene Buchwert des Goodwills noch gerechtfertigt ist. Sollte dies nicht mehr zutreffen, ist ein erfolgswirksames Impairment auf den jeweiligen aktuellen Restwert erforderlich.

Verrechnung und Schattenrechnung (z. B. gemäss Swiss GAAP FER): Bei dieser Methode wird der Mehrwert, der hinter einer Goodwillgrösse steht und für nicht identifizierbare Vermögenswerte bezahlt wurde, grundsätzlich als problematisch beurteilt. Deshalb erfolgt eine Verrechnung mit dem Eigenkapital des Mutterunternehmens. Gleichzeitig hat der Konzern im Rahmen einer Schattenrechnung im Anhang eine Aktivierung des Goodwills und eine entsprechende Abschreibung zu zeigen. Diese Schattenrechnung ermöglicht zu erkennen, wie die finanzielle Situation bei einer Aktivierung des Goodwills aussehen würde. Die Schattenrechnung ist jährlich so lange zu publizieren, bis der Goodwill vollständig abgeschrieben ist.

Die jeweilige Behandlung des Goodwills hat einen unmittelbaren Einfluss auf zentrale Kennzahlen der Rechnungslegung. Je nach Methode resultieren unterschiedliche Werte für das Konzerneigenkapital, den Konzernenerfolg und die Rendite des Eigenkapitals.

5.3 Konzept der Elimination konzerninterner Transaktionen

Aufgrund der Fiktion, dass alle Gruppenunternehmen als einziges Unternehmen betrachtet werden, sind die konzerninternen Bilanz- und Erfolgsrechnungspositionen sowie konzerninternen Zwischengewinne vollumfänglich zu eliminieren. Lediglich Positionen beziehungsweise Erfolge, die aus Transaktionen mit Dritten entstanden sind, werden im Konzernabschluss gezeigt.

Zu konzerninternen Bilanzpositionen zählen die Verrechnung des Beteiligungswerts des Mutterunternehmens mit dem anteiligen Eigenkapital des Tochterunternehmens per Erwerbszeitpunkt (Kapitalkonsolidierung) sowie die Elimination konzerninterner Forderungen und Verbindlichkeiten.

Zu eliminierende konzerninterne Positionen der Erfolgsrechnung umfassen z. B. Management Fees, Erträge und Aufwendungen aus Dienstleistungsverträgen, konzernintern ausgeschüttete Dividenden sowie Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit konzerninternen Darlehen. Entrichtet ein Tochterunternehmen seinem Mutterunternehmen eine Dividende, verringern sich beim Tochterunternehmen die Gewinnreserven und das Mutterunternehmen erfasst einen Beteiligungsertrag. Im Rahmen der Konsolidierung wird der Beteiligungsertrag eliminiert, gleichzeitig werden die Gewinnreserven um denselben Betrag erhöht.

Konzerninterne Zwischengewinne entstehen z. B. bei Warenlieferungen zwischen Gruppenunternehmen oder beim Verkauf von Bestandteilen des Anlagevermögens innerhalb des Konzerns. Dabei sind die internen Lieferungen und Leistungen, soweit sie nicht gegenüber Dritten erzielt werden, höchstens zu den jeweiligen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu erfassen. Verrechnete unrealisierte Gewinne sind zu eliminieren (vgl. Abbildung 3).

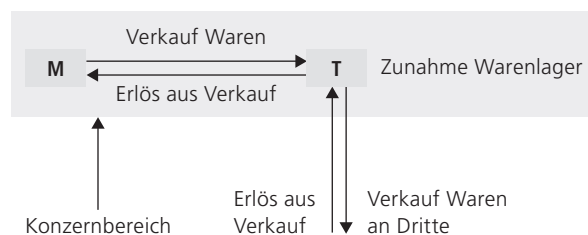


Abbildung 3 Unrealisierte Zwischengewinne

Auf den Zeitpunkt des Erwerbs eines Tochterunternehmens ist der Bestand an unrealisierten Gewinnen meist null. In den Folgeperioden ist aber bei der Bereinigung der Werte davon auszugehen, dass bereits zu Beginn der Periode unrealisierte Gewinne vorhanden waren. Die jeweiligen Anfangsbestände erhöhen oder reduzieren sich während der laufenden Periode. Die entsprechenden Korrekturen sind konsistent vorzunehmen. Dies bedeutet, dass der Betrag der unrealisierten Gewinne, welcher zu Beginn der Periode vorhanden war, direkt via Eigenkapital (Gewinnreserven) zu eliminieren ist. Die Veränderung der unrealisierten Zwischengewinne während der aktuellen Periode dagegen ist erfolgswirksam zu erfassen.

In der Praxis ist es oftmals sehr aufwendig, unrealisierte Gewinne und Verluste zu ermitteln. Deshalb können auch Annäherungsverfahren zur Anwendung kommen.

5.4 Illustration des Konzepts der Folgekonsolidierung

Nachdem die im Rahmen der Folgekonsolidierung relevanten Bereinigungen erfasst und dokumentiert sind, kann die Handelsbilanz II für das Tochterunternehmen erstellt werden. Anschliessend erfolgt die Ermittlung der Konzernrechnung durch Aggregation aller Handelsbilanzen II zum Summenabschluss und durch die Eliminationen aller konzerninternen Sachverhalte (vgl. Abbildung 4). Es resultieren u. a. folgende Werte:

Handelsbilanz II:

- Bereinigte Aktiven nach Vornahme der sachgerechten Abschreibungen
- Angepasste latente Steuerverpflichtungen und Steuerguthaben sowie periodenrelevante latente Ertragssteueraufwendungen
- Goodwill nach entsprechender Folgebehandlung (Impairment, Abschreibung usw.)
- Um interne Zwischengewinne bereinigte Warenlager
- Periodengerecht ausgewiesene Gewinnreserven (erfolgsneutrale Erfassung von Wertänderungen, welche frühere Perioden betreffen)
- Sachgerecht ermittelter Periodenerfolg des Mehrheitsaktionärs
- Periodengerecht ausgewiesene Anteile der Dritten am Kapital
- Sachgerecht ermittelter Periodenerfolg der Dritten.

Konzernrechnung:

- Summe aller Aktiven und des Fremdkapitals des Mutterunternehmens und der Tochterunternehmen nach Elimination aller konzerninternen Beziehungen
- Konzerneigenkapital und Konzernenerfolg mit Ausweis Anteile Dritter
- Erträge und Aufwendungen, welche gegenüber Dritten erzielt worden sind.

Bilanzen 31.12.20.2	HB II M	HB I A	Bereinigung / Bewertung		HB II A	Summen- abschluss	Eliminationen		Konzern- bilanz
Flüssige Mittel	740	250			250	990			990
Forderungen	1500	400			400	1900		50 ^{c)}	1850
Vorräte	190	400			320	2220			2220
Sachanlagen	500	300	300 ²⁾	20 ⁹⁾ 60 ⁹⁾ 48 ⁸⁾ 12 ⁸⁾ 48 ⁸⁾ 12 ⁸⁾	480	980			980
Finanzanlagen	2000	–			–	2000		200 ⁹⁾	1800
Beteiligungen	1760	–			–	1760		1760 ^{A)}	–
Goodwill	–	–	1140 ³⁾		1140	1140			1140
Latente Steuerguthaben	–	–	5 ⁹⁾ 15 ⁹⁾		20	20			20
Summe	8400	1350			2610	11010			900
Kurzfristiges Fremdkapital	800	250			50	850		50 ^{c)}	800
Langfristiges Fremdkapital	2600	250	200 ²⁾		250	2850		200 ⁹⁾	2650
Latente Steuerverpflichtungen	–	–	12 ⁸⁾ 3 ⁸⁾ 12 ⁸⁾ 3 ⁸⁾	125 ²⁾	95	95			95
Aktienkapital	1000	300	240 ⁴⁾ 60 ⁵⁾		–	1000			1000
Kapitalreserven	–	–	80 ⁴⁾ 20 ⁵⁾	100 ¹⁾	–	–			–
Neubewertungsreserven	–	–	125 ²⁾ 300 ⁴⁾ 75 ⁵⁾	300 ²⁾ 200 ²⁾	–	–			–
Neubewertungsreserven Goodwill	–	–	1140 ⁴⁾	1140 ³⁾	–	–			–
EK A der M per Erwerb	–	–		240 ⁴⁾ 80 ⁴⁾ 300 ⁴⁾ 1140 ⁴⁾	1760	1760		1760 ^{A)}	–
Gewinnreserven	3600	300	100 ¹⁾ 40 ⁶⁾ 48 ⁸⁾ 20 ⁹⁾	12 ⁸⁾ 5 ⁹⁾	109	3709		48 ⁸⁾	3757
Anteil Dritte am Kapital	–	–	12 ⁸⁾	60 ⁵⁾ 20 ⁵⁾ 75 ⁵⁾ 40 ⁶⁾ 3 ⁸⁾	186	186			186
Anteil Mehrheit am Gewinn	400	250	50 ⁷⁾ 48 ⁸⁾ 60 ⁹⁾	12 ⁸⁾ 15 ⁹⁾	119	519		48 ⁸⁾	471
Anteil Dritte am Gewinn	–	–	12 ⁸⁾	50 ⁷⁾ 3 ⁸⁾	41	41			41
Summe	8400	1350	4120	4120	2610	11010	2058	2058	9000

Legende**Erstkonsolidierung**

- 1) Übertrag Gewinnreserven per Erwerb 100
- 2) Neubewertung per Erwerb 500 sowie Erfassung latente Steuerverpflichtung 125 (Steuersatz 25 %, 25 % von 500)
- 3) Erfassung Goodwill per Erwerb 1140 (Kaufpreis für 80 % = 1760; 80 % Aktienkapital = 240; 80 % Kapitalreserven = 80; 80 % Neubewertungsreserven = 300, Total 620)
- 4) Separierung Eigenkapital A der M per Erwerb 1760 (80 % Aktienkapital = 240; 80 % Kapitalreserven = 80; 80 % Neubewertungsreserven = 300; 100 % Neubewertungsreserven Goodwill = 1140)
- 5) Separierung Anteil Dritte an Aktienkapital 60 (20 % von 300), Kapitalreserven per Erwerb 20 (20 % von 100) und Neubewertungsreserven per Erwerb 75 (20 % von 375)

Folgekonsolidierung

- 6) Anteil Dritte an Gewinnreserven seit Erwerb 40 (Bestand per Erwerb 100, Bestand aktuell 300; 20 % der Zunahme von 200)
- 7) Anteil Dritte am Periodenerfolg 50 (20 % von 250)
- 8) Anpassung Abschreibungen an Neubewertung (Nutzungsdauer 5 Jahre, 80 % zulasten Mehrheit, 20 % zulasten Dritte) sowie Auflösung latente Steuerverpflichtungen aufgrund höherer Abschreibungen im Konzernabschluss im Vergleich zum Steuerabschluss (80 % zulasten Mehrheit, 20 % zulasten Dritte)
- 9) Korrektur unrealisierte Zwischengewinne (Anfangsbestand 20, Schlussbestand 80, 100 % zulasten Mehrheit) sowie Bildung latentes Steuerguthaben (100 % zulasten Mehrheit)
- A) Kapitalkonsolidierung (Verrechnung Beteiligung 1760 mit Eigenkapital per Erwerb 1760)
- B) Elimination interne Dividende der A an M 48 (80 % von 60)
- C) Guthaben aus Warenlieferungen M an A 50
- D) Von M an A gewährtes Darlehen 200
- E) Von A an M bezahlte Darlehenszinsen 10
- F) Warenlieferungen M an A 2500
- G) Von M verrechnete Management Fees 50

Abbildung 4 Folgekonsolidierung einer 80 %-Beteiligung am Beispiel der Bilanz

6 Konzept der Geldflussrechnung

Auch auf Stufe des Konzerns ist in aggregierter Form zu zeigen, welche Geldflüsse relevant waren. Dabei ist zu beachten, dass nur die Ein- und Auszahlungen erfasst werden, die durch Transaktionen mit Dritten entstanden sind. Interne Transaktionen sind zu eliminieren.

Die Herleitung der Konzerngeldflussrechnung kann grundsätzlich auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen. Einerseits besteht die Möglichkeit, diese aus der bereinigten Konzernbilanz und Konzernerfolgsrechnung abzuleiten. Andererseits kann diese aber auch aus den Geldflussrechnungen des Mutterunternehmens, der Tochter- und der Gemeinschaftsunternehmen hergeleitet werden.

Bei der Erarbeitung der konsolidierten Geldflussrechnung aus der Konzernbilanz und der Konzernerfolgsrechnung ist grundsätzlich dieselbe Technik wie bei der Ermittlung der Geldflussrechnung für einzelne Unternehmen anzuwenden.

Einige konzernspezifische Problemstellungen sind jedoch zu beachten:

- Bereinigung der Einzelabschlüsse

Die Konzerngeldflussrechnung darf keine Positionen enthalten, die durch Bewertungsanpassungen in den Einzelabschlüssen entstanden sind. Diese Bereinigungen sind fondsneutral und haben keinen Einfluss auf den effektiven Geldfluss.

- Änderung im Konsolidierungskreis und allfälliger Goodwill

Cashflows, die auf Veränderungen im Konsolidierungskreis zurückzuführen sind, gehören in den Cashflow aus Investitionstätigkeit. Dabei werden die erworbenen bzw. veräußerten flüssigen Mittel mit den Ausgaben für den Erwerb bzw. den Einnahmen aus der Veräußerung von Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen verrechnet, und es ist nur der Nettobetrag auszuweisen. Ein allfälliger Goodwill, der aus dem Kauf eines Unternehmens resultiert, ist bezüglich seiner Wirksamkeit auf den Geldfluss zu analysieren. Ein im Erwerbsjahr bezahlter Goodwill stellt eine Investition dar, während eine anschließende erfolgswirksame Wertminderung des Goodwills keinen Geldfluss induziert.

- Anteile von Dritten

Kapitaleinzahlungen von Dritten bzw. Kapitalrückzahlungen an Dritte haben einen Einfluss auf die Liquidität des Konzerns und sind damit im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit auszuweisen. Demgegenüber haben Zahlungsströme zwischen Tochter- und Mutterunternehmen keine Wirkung auf den Cashflow. Diese Zahlungen sind im Rahmen der Konsolidierung zu eliminieren.

Bei der Ausschüttung einer Dividende durch das Tochterunternehmen stellen nur die Dividenden an Dritte Geldflüsse dar, die dem Finanzierungsbereich zuzuordnen sind. Dividenden an das Mutterunternehmen gehören ebenfalls zu den internen Zahlungsströmen und sind zu eliminieren.

- Equity Accounting

Der Kauf einer Beteiligung, die nicht zu einer Konsolidierung führt, ist identisch zu erfassen wie eine Investition in Sachanlagen. Es ist somit ein Geldfluss aus Investitionstätigkeit auszuweisen.

Die in der Praxis selten gewählte Berechnung der Konzerngeldflussrechnung aus den einzelnen Geldflussrechnungen des Mutterunternehmens und der Tochterunternehmen setzt eine konsequente Berechnung und Dokumentation der Handelsbilanzen II sowie der Geldflussrechnungen des Mutterunternehmens und der einzelnen Tochterunternehmen voraus. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen des Konsolidierungsprozesses für das Mutter- und alle Tochterunternehmen bereinigte Geldflussrechnungen zu erstellen sind. Diese Geldflussrechnungen dürfen keine cash-neutralen Positionen enthalten (z.B. aus Bewertungsanpassungen). Die anschließende Aggregation der einzelnen Geldflussrechnungen erfordert in einer zweiten Phase die Elimination aller internen Cash-Ströme aus Konzernsicht. Relevant sind nur Cashflows, welche gegenüber Dritten entstanden sind.

7 Swiss GAAP FER als Option

Aus der Sicht der Mindestanforderungen an einen Konzernabschluss sind die Swiss GAAP FER ideal aufgebaut, indem sie auf einem modularen Konzept beruhen (vgl. Abbildung 5). Organisationen, die zwei der nachstehenden Kriterien in zwei aufeinander folgenden Jahren nicht überschreiten, dürfen sich auf die Anwendung der Kern-FER (Rahmenkonzept und Swiss GAAP FER 1–6) beschränken:

- Bilanzsumme CHF 10 Millionen
- Jahresumsatz CHF 20 Millionen
- 50 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt.

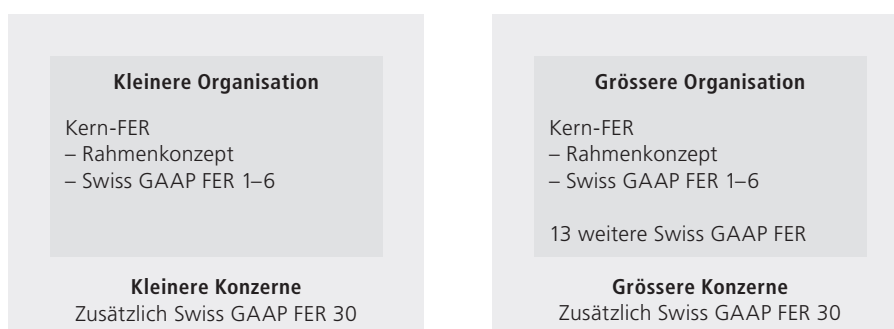


Abbildung 5 Modularer Aufbau

Alle übrigen Organisationen, sofern sie sich für die Anwendung der Swiss GAAP FER entscheiden, haben das gesamte Regelwerk anzuwenden. Konzerne, d. h. Unternehmensgruppen, haben unabhängig ihrer Grösse zusätzlich Swiss GAAP FER 30 «Konzernrechnung» einzuhalten. Diese Fachempfehlung umfasst sämtliche Regelungen zur Konsolidierung. Dementsprechend haben kleine Konzerne die Kern-FER (Rahmenkonzept, Swiss GAAP FER 1–6) und Swiss GAAP FER 30 anzuwenden, während mittelgrosse und grosse Konzerne zusätzlich die weiteren Swiss GAAP FER einzuhalten haben (vgl. Abbildung 6).

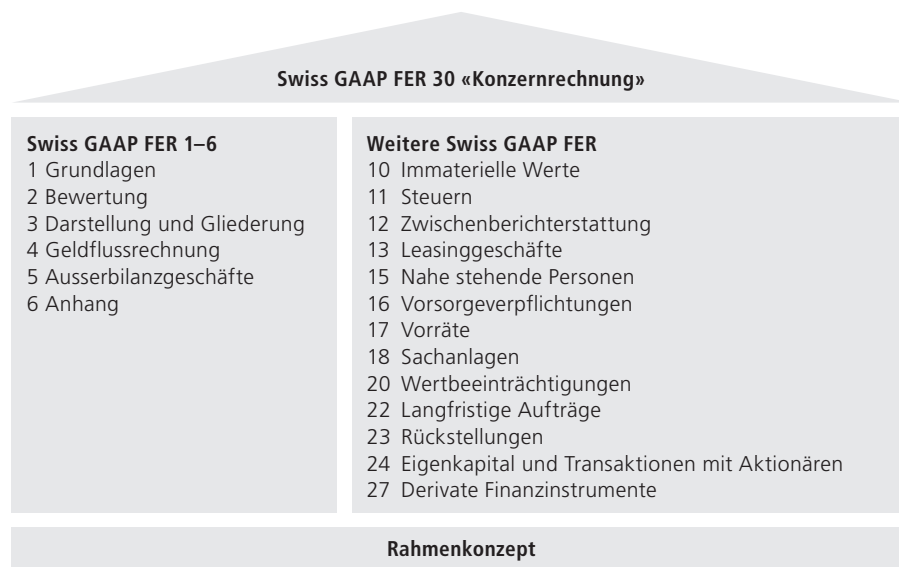


Abbildung 6 «House of Swiss GAAP FER»

Dank dem modularen Aufbau bietet sich für kleinere sowie für grössere Organisationen und Konzerne die Möglichkeit, einen an ihre Bedürfnisse angepassten, national anerkannten Standard anzuwenden. Kleineren Organisationen wird ermöglicht, in einem ersten Schritt die Kern-FER anzuwenden und in einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Voraussetzungen geändert haben, ohne unnötigen Aufwand auf die gesamten Swiss GAAP FER umzustellen. Damit kann den Bedürfnissen schweizerischer KMU nach einem aussagekräftigen Abschluss mit einem vernünftigen Kosten-/Nutzenverhältnis Rechnung getragen werden.

8 Fazit

Für eine aussagekräftige Konzernrechnung bilden die Swiss GAAP FER dank ihrem modularen Konzept eine ideale Ausgangslage. Darauf aufbauend ist bei der Erarbeitung des Konzernabschlusses ein klares methodisches Konzept anzuwenden. Der hier gezeigte Ansatz mit zwei separaten Phasen erleichtert die Umsetzung der Konsolidierungsprozesse in der Theorie, aber vor allem auch in der Praxis. In einem ersten Schritt werden die einzelnen Abschlüsse der Tochtergesellschaften im Rahmen einer konsequenten Erstkonsolidierung (Betrachtung per Erwerb) und Folgekonsolidierung (ergänzende Korrekturen per laufende Periode) bereinigt. Das Resultat sind für die individuellen Unternehmen die Handelsbilanzen II (Bilanzen und Erfolgsrechnungen) mit konzernrelevanten Daten. Erst in einer zweiten Phase werden,

nach Aggregation aller Einzelabschlüsse (Mutterunternehmen und Tochterunternehmen), die konzerninternen Transaktionen eliminiert und der Konzernabschluss erarbeitet. Für alle zentralen Themen der Konsolidierung sind im Rahmen der Wahlrechte, die der gewählte Accountingstandard offeriert, diejenigen Lösungen zu wählen, welche zu einer fairen Abbildung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des jeweiligen Unternehmens führen. Die einmal gewählten Ansätze sind im Interesse der Vergleichbarkeit stetig anzuwenden.

Mit diesem systematischen Vorgehen sowie einer konsequenten und einheitlichen Umsetzung zentraler Themen der Konsolidierung kann ein Konzernabschluss erarbeitet werden, der die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage abbildet.

Literatur

Meyer, Conrad (2006): Konzernrechnung – Einführung in die Systematik des konsolidierten Abschlusses, Zürich.

Meyer, Conrad (2007): Konzernrechnung – Aussagekräftige konsolidierte Abschlüsse unter Beachtung nationaler und internationaler Accountingstandards, Zürich.

Meyer, Conrad (Hrsg.) (2009): Swiss GAAP FER – Erläuterungen, Illustrationen und Beispiele, Zürich.